

Pressemitteilung

SPD-Europaabgeordneter Dr. Joachim Schuster
Bremen, 9. Juni 2016

Europäische Stahlindustrie wirkungsvoll vor Billigimporten schützen

Reform der Handelsschutzinstrumente umsetzen: EU-Mitgliedsstaaten sind gefordert, die Blockade von Antidumpingmaßnahmen zu beenden

Schnelle Hilfe für die europäische Stahlindustrie durch wirkungsvolle Handelsschutzinstrumente wird noch immer von den EU-Mitgliedsstaaten verhindert. Das zeigte sich auch gestern Abend bei der Aussprache zum Thema im Plenum des EU-Parlaments mit der niederländischen Ratspräsidentschaft. „Die Mitgliedstaaten müssen ihre Dauerblockade der Reform der Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen endlich aufgeben“, erklärte der Bremer SPD-Europaabgeordnete Joachim Schuster in seinem Redebeitrag. „Statt den Musterschüler in Sachen Freihandel zu mimen, sollte sich der Rat endlich auch als Interessenvertreter der europäischen Industrie begreifen.“ Denn die europäische Stahlindustrie steckt wegen der Dumping-Preise der chinesischen Konkurrenz in einer tiefen Krise. Tausende Arbeitsplätze sind in Gefahr, auch am Bremer Standort. „Spätestens jetzt muss die EU-Kommission neue Möglichkeiten bekommen, die europäische Industrie vor Billigimporten zu schützen“, mahnt Schuster an. „Das ist kein Protektionismus, sondern die Basis für einen fairen weltweiten Wettbewerb.“

Die Position des EU-Parlaments zur Reform der Handelsschutzinstrumente wurde bereits in einer Resolution im April 2014 klar. Darin hatte sich das Parlament für eine Beschleunigung der Antidumpingverfahren und eine Flexibilisierung der Reaktionsmöglichkeiten auf Dumping ausgesprochen. Etwa die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten blockierte die Änderungen in der zweiten Jahreshälfte 2014 im Rat, seitdem herrscht politischer Stillstand. „Dabei ist eine Reform der Schutzmaßnahmen für die europäische Industrie dringlicher denn je. Denn diese muss gelingen, bevor die Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus für China überhaupt infrage kommt“, erläutert Schuster. „Ich bin gespannt, ob und wie sich Bundeskanzlerin Angela Merkel bei den deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen am Wochenende in Peking zum Thema positioniert.“